

Haushalt 2024- allgemeine Finanzlage

Steuereinnahmen 2023: 1000 Mrd€

Steuereinnahmen 2009: 530 Mrd€

Analyse Finanzdaten der Gemeinde Flörsbachtal

- Die Gemeinde weist ohne eine Ausgabe geplant zu haben bereits ein Minus von 500T€ auf. Ausgelöst durch Kostensteigerungen und geringere Mittelzuweisungen.
- Der Kreishaushalt weist eine Neuverschuldung von 70mio€ aus. Es ist keine Anstrengung zum Sparen erkennbar. Man plant für die Zukunft als gäbe es kein Finanzproblem. Die Defizite aus der Coronakrise und der Flüchtlingsbeherbergung werden weder vom Bund noch vom Land ausgeglichen.
- Der Kreishaushalt finanziert sich über die Erhöhung der Kreisumlage. Man nimmt billigend in Kauf, daß sich viele Gemeinden damit verschulden müssen um die Kreisumlage zu leisten.
- Kahlschlag bei den Einnahmen der Gemeinden:
 - Mittelzuweisung des kommunalen Finanzausgleichs werden reduziert. (Lohnsteuer, Umsatzsteuer etc.)
 - Ein Teil der Gewerbesteuerumlage zur Finanzierung des Aufbau Ost werden den Gemeinden von der Landesregierung immer noch vorenthalten. Die Landesregierung profiliert sich zu Lasten der Gemeinden.
 - Zuweisungen für die Kindergartenplätze werden vom Land nicht voll geleistet. Es gilt nicht mehr das Prinzip wer Vorschriften erlässt muss auch für die Mittelzuweisung sorgen.
 - Gemeindevertreter werden zu Steuererhöhungen und Sparmaßnahmen gezwungen auf Grund von Entscheidungen in Bund und Land ohne Kostenausgleich.

Bundes- und Länderhaushalte folgen einer neuen Finanzlogik:

- Schulden werden neuerdings als Sondervermögen gekennzeichnet. 200Mrd€ Doppelwums(verfassungswidrig), 100Mrd€ Verteidigung (Verfassungsverstoß) werden zu großen Teilen gleich weiter an die Ukraine geleistet.

- 60Mrd€ aus dem Bundeshaushalt 2024 wurden vom Verfassungsgericht kassiert da zweckentfremdet verwendet. In der Wirtschaft nennt man so etwas Bilanzbetrug.
- Bezahlte aber überflüssige Impfstoffe werden vernichtet.
- Der neue Haushaltsentwurf für 2024 ist ein Sparhaushalt nur in Bezug auf Renten, Sozialleistungen und Zuschüsse für Bürger.
- Highlights die trotzdem finanziert werden:
 - Entwicklungshilfe für China und Indien
 - Fahrradwege in Peru
 - Arzneimittelfabrik in Afrika
 - Stadtbahn in Hanoi
 - Selbstdarstellung Regierung, Werbung für Gesetze und Stylisten
 - etc.

Geld für die Welt. Deutschland hat ein Ausgabenproblem

Kosten die die Bürger durch noch mehr Steuern/Abgaben zu tragen haben:

- Erhöhte CO2 Abgabe verteuert die Benzinpreise und Lebensmittelpreise.
- LKW-Maut, 80% Steigerung, verteuert die Transportkosten und werden an den Einzelhandel weitergereicht.
- Energiepreise steigen für Strom 30%, Benzin 15%, Heizen 30%, Gastronomie 12%
- Gebäudeheizungsgesetz wird die meisten Eigenheimbesitzer ruinieren. Das bedeutet faktisch eine Enteignung!
- Begründung für diese Maßnahmen ist der angeblich notwendige Klimaschutz. Offensichtlich wird aber Klimaschutz nur bei uns mit deutscher Gründlichkeit umgesetzt. Wohlstand wird bewusst systematisch abgebaut.
- Erhöhte Krankenkassenzuzahlungen.
- Ein Lastenausgleich zur Staatsfinanzierung wie nach dem Krieg droht. Keine Verschwörungstheorie, sondern bereits Teil der SPD -Parteiprogramme auf Landesebene. Zum 1.1.2024 ist das neue Sozialgesetzbuch in Kraft getreten das die Finanzierung von staatlichen Notlagen wie Pandemien durch Lastenausgleichsmaßnahmen erlaubt. Lastenausgleich bedeutet wie nach dem 2. Weltkrieg: Hauseigentümer wurden mit einer

Zwangshypothek von 50% auf den Immobilienwert belegt. Bargeld und sonstige Werte wurden entsprechend vom Staat eingezogen. Das Gleiche könnte nun nach Inkrafttreten der neuen Grundsteuer zum 1.1.2025 zur Staatsfinanzierung auf Marktwertniveau problemlos umgesetzt werden.

Fazit: Steuern und Abgaben die die Bevölkerung nicht mehr zahlen kann

Die Ursachen der Finanzkrise:

- **Russland Sanktionen:**
 - **Die Sprengung der Nordstream Pipeline hat Deutschlands Gaspreise verdoppelt und damit die Wirtschaft geschädigt mit der Folge von Betriebsschließungen und Betriebsverlagerungen ins Ausland und damit Vernichtung von Arbeitsplätzen.**
 - **Teureres LNG wird zum vierfachen Preis aus Amerika importiert mit Tankern deren CO2 Fussabdruck niemanden mehr stört.**
 - **Öl aus Russland kommt mit erheblichen Preisaufschlägen aus Indien.**

Fazit: Der Schaden liegt nur auf deutscher Seite durch wissentliche Wohlstandsvernichtung der politisch Handelnden!

- **Die verfehlte Energiepolitik im Namen der Weltrettung durch Deutschland zeugt von**
 - **moralischer Überheblichkeit als Politikstil. Mit diesem Ansatz verteilt man Millionengeschenke zur Klimaretterung in alle Welt quasi als Wiedergutmachung.**
 - **Gesinnungspolitik anstatt Verantwortung für das eigene Volk. Wir leisten uns 2 Stromversorgungssysteme und wenn beide nicht leisten kaufen wir am internationalen Markt ein. In 2023 wurden 20% des Strombedarfs importiert. Es fehlen 60 Mrd€ zur Finanzierung von neuen Reservekraftwerken.**

- **Grüner Wasserstoff wird als Lösung gepriesen jenseits physikalischer Fakten und Bezahlbarkeit. Trotzdem ungebremste Förderung in Mrd€ Höhe**
- **Ruinöse Pandemiepolitik im Kampf gegen eine vermeintliche Massenvernichtung durch ein Killervirus deren finanzielle Folgen bis heute schwebend sind. In deren Folge hat dies zu erheblichen wirtschaftlichen Einbrüchen geführt. Kostenübernahme für die EU Pandemieverträge bis heute ungeklärt. Wahrscheinlich finanziert durch erhöhte EU -Beiträge von Deutschland. Der Bundestag hat aber schon vor Ausbruch der Pandemie Ende 2019 die Refinanzierung der Kosten durch Änderung des Sozialgesetzbuches wegen eines nationalen Gesundheitsnotstandes eingeleitet in Form eines zulässigen Lastenausgleichs. Bürger finanzieren die Rekordgewinne der Pharmakonzerne.**
- **Ungebremste Migrationspolitik mit unkontrolliertem Zuzug in unsere Sozialsysteme. Zuweisung zu Gemeinden aber keine Übernahme der vollen Kosten führt zu Defiziten in allen Kommunen.**

Fazit: Deutschland pleite!!!

Jeder Gemeindevertreter muss nun entscheiden welche Position er zu den Themen und den Auswirkungen auf den Gemeindehaushalt einnimmt und welche Belastungen und Zumutungen er an die Bürger der Gemeinde weiterreichen will. Das ist das faktische Ende der verfassungsrechtlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung!